

# Grundsatzrede der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer am 17.11.2020 vor der Bundeswehrhochschule in Hamburg

Die Kernforderung der „Initiative abrüsten statt aufrüsten“ lautet: **„Abrüsten statt aufrüsten – Neue Entspannungspolitik jetzt“**. Wie weit die Verteidigungsministerin hiervon entfernt ist, lässt sich allein schon an ihrem Sprachgebrauch festmachen. Sucht man in dieser langen Rede mit dem Computer nach den Begriffen „Abrüstung“ oder „Entspannung“, wird man nicht ein einziges Mal fündig.

Will sie stattdessen aufrüsten? Nun, auch dieser Begriff kommt nur einmal vor, im Zusammenhang mit Russland: „Russland setzt gleichzeitig unbeirrt seine stetige ... Aufrüstung mit konventionell und nuklear bestückten Raketensystemen fort ...“ Nein, Deutschland rüstet nicht auf, das macht Russland, Deutschland stärkt nur seine Verteidigungsausgaben. **Das übrigens gewaltig: Laut SIPRI hat Deutschland im letzten Jahr seine Rüstungsausgaben um 10 % gesteigert. Trotz Corona sollen diese auch im nächsten Jahr weiter steigen, das fordert die Ministerin mehr als deutlich.**

Die Ministerin sieht uns von verschiedenen Seiten bedroht. Von Russland und China. Wenn wir unsere Rüstungsausgaben (Entschuldigung: Verteidigungsausgaben) nicht kontinuierlich weiter steigern, dann könnten die USA böse auf uns werden und eventuell ihren Schutzschirm in Europa schwächen. Noch dazu haben China und 14 weitere asiatische Staaten vor kurzem einen Vertrag unterzeichnet, mit dem das größte Freihandelsabkommen der Welt geplant wird (mit Ländern wie Australien, Südkorea, Neuseeland und Japan), und das auch noch ohne die USA. Auch das empfindet sie als Bedrohung.

Kramp-Karrenbauer kennt auf all diese vermeintlichen Bedrohungen nur eine Antwort, **sie möchte weiter aufrüsten**. In diesem Zusammenhang lobt sie ausdrücklich, dass in den Haushaltsberatungen folgende Projekte festgelegt wurde: **Der Eurofighter, der Hubschrauber NH-90 und die Eurodrohne, die auch bewaffnet werden soll**. Aber das reicht ihr noch nicht. Sie möchte ein Verteidigungsplanungsgesetz verabschieden, das die jährliche Aufrüstung Deutschlands auf lange Sicht festschreiben. Und weil ihr das immer noch nicht genug ist, möchte sie auch noch einen Nationalen Sicherheitsrat ins Leben rufen.

**Lang, lang ist es her. 1969 sagte Willy Brandt in seiner Regierungserklärung: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein – im Innern und nach außen“.** Er meinte damit nicht nur die Nachbarn im Westen, nein auch die im Osten. Und das mitten in der Zeit des kalten Krieges. Viele meinen heute, ohne die von ihm begonnene Entspannungspolitik hätte es auch die deutsche Einheit so nie gegeben, ohne Blutvergießen.

Nicht erst die Klimakrise oder die Corona-Krise haben deutlich gemacht: Diese Welt ist eigentlich sehr klein geworden. In gewisser Hinsicht sind alle Staaten dieser Welt Nachbarn. So sollten sie sich auch benehmen, insbesondere Deutschland sollte sich so benehmen. Nachbarn reden und verhandeln miteinander, bevor sie mit dem Säbel rasseln. Zurückhaltung und Diplomatie wären in internationalen Beziehungen angebracht.

Aber auch das Wort **Diplomatie** habe ich im Text so nicht gefunden, nur zwei Mal in Form einer Umbenennung: Sie nennt das **Verteidigungsdiplomatie**. Oder auch: Agieren aus einer Politik der Stärke. Ich übersetze das mal in meinen Worten: Wenn wir überhaupt mit Russland oder China verhandelt, dann müssen wir militärisch deutlich überlegen sein.

Diese Politik ist gefährlich. Schon jetzt gibt es viele Kriege und bewaffnete Konflikte auf dieser Welt, mit dieser Politik werden das noch mehr werden. Je mehr die USA und die NATO aufrüsten, umso mehr werden das auch die anderen tun. Je mehr man nur noch übereinander und nicht mehr miteinander spricht, umso größer wird auch die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den Atommächten. Die Politik unserer Verteidigungsministerin führt geradewegs in diese Richtung.

**„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts“**, das sagte Willy Brandt im Jahre 1981. Leider handelt Kramp-Karrenbauer und die gesamte Bunderegierung überhaupt nicht in diesem Sinne. Deshalb werden wir wohl in Zukunft noch öfter und noch mit mehr Menschen auf die Straße gehen müssen. Genauso, wie es der Schlusssatz im Frankfurter Appell aussagt: **„Denn wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen“**.